

Wie Washington Energie als Waffe einsetzt

Die Instrumentalisierung des weltweiten Ölhandels als Waffe ist das Fundament der regelbasierten Ordnung der USA.

12. Januar 2026 | Michael Hudson

Iran (1953), Irak (2003), Libyen (2011), Russland (2022), Syrien (2024) und nun Venezuela (2026). Der gemeinsame Nenner, der den Angriffen und Wirtschaftssanktionen der USA gegen all diese Länder zugrunde liegt, ist die Instrumentalisierung des weltweiten Ölhandels durch Amerika. Die Kontrolle über das Öl ist eine ihrer wichtigsten Methoden, um eine unipolare Kontrolle über den weltweiten Handel und die dollarisierten Finanzvereinbarungen zu erlangen. Die Aussicht, dass die oben genannten Länder ihr Öl zu ihrem eigenen Vorteil und für ihre Diplomatie nutzen könnten, stellt die größte Bedrohung für die allgemeine Fähigkeit der USA dar, den Ölhandel zur Durchsetzung ihrer diplomatischen Ziele zu nutzen.

Alle modernen Volkswirtschaften benötigen Öl, um ihre Fabriken anzutreiben, ihre Häuser zu heizen und zu beleuchten, Düngemittel (aus Gas) und Kunststoffe (aus Öl) herzustellen und ihren Transport zu betreiben. Öl, das unter der Kontrolle der USA oder ihrer Verbündeten (British Petroleum, Shell aus Holland und heute die OPEC) steht, ist seit langem ein potenzieller Engpass, den US-Beamte als Druckmittel gegen Länder einsetzen können, deren Politik sie als den Plänen der USA abträglich erachten: Die USA können die Wirtschaft solcher Länder ins Chaos stürzen, indem sie ihnen den Zugang zu Öl verwehren.

Das vorrangige Ziel der heutigen US-Diplomatie in dem, was ihre Strategen als Zivilisationskrieg gegen China, Russland und ihre potenziellen BRICS-Verbündeten bezeichnen, besteht darin, den Rückzug von Ländern aus der von den USA kontrollierten Weltwirtschaft zu verhindern und die Entstehung einer eurasisch geprägten Wirtschaftsgemeinschaft zu vereiteln. Im Gegensatz zu der Position Amerikas am Ende des Zweiten Weltkriegs, als es die dominierende Wirtschafts- und Währungsmacht der Welt war, hat es heute jedoch nur wenige positive Anreize, um andere Länder für eine US-zentrierte Weltwirtschaft zu gewinnen, in der, wie Präsident Trump gesagt hat, die USA bei allen Außenhandels- und Investitionsvereinbarungen der Gewinner und andere Länder die Verlierer sein müssen.

Um Russland und damit auch China und den Iran zu isolieren, nutzte Präsident Trump seine Zölle vom 2. April 2025, dem „Tag der Befreiung“, um die deutschen und EU-Politiker dazu zu drängen, freiwillig auf weitere Energieimporte aus Russland zu verzichten, obwohl Teile der NordStream-2-Pipeline noch in Betrieb waren. Die frühere Zustimmung Deutschlands und der EU zur Zerstörung der NordStream-Pipelines im Februar 2022 ist ein Beweis für die Fähigkeit der US-Diplomaten, Länder zu zwingen, sich – zu ihrem eigenen Nachteil – den militärischen Bündnissen der USA aus dem Kalten Krieg anzuschließen und die von ihnen festgelegten Richtlinien zu befolgen. Die De-industrialisierung und der Verlust der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands seit der Blockade seines Öl- und Gashandels mit Russland waren das Opfer, das die USA von Deutschland und der EU

verlangten, um die russische und chinesische Wirtschaft zu isolieren und zu schädigen (und natürlich auch, um zusätzliche Einnahmen aus dem Export von Flüssigerdgas für sich selbst zu generieren).

Ein übergreifendes Merkmal der nationalen Sicherheitspolitik der USA ist ihre Macht, andere Länder daran zu hindern, ihre eigenen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen zu schützen und zu verfolgen. Diese Asymmetrie ist seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in die Weltwirtschaft eingebaut, als die USA den vom Krieg zerstörten Volkswirtschaften Europas enorme wirtschaftliche Unterstützung bieten konnten.

Heute stützt sich die Macht der USA, andere zu zwingen, jedoch hauptsächlich auf ihre Drohungen, durch die Schaffung und Ausnutzung von Engpässen Schaden und Chaos zu verursachen oder, als letztes Mittel, schwächere Länder zu bombardieren, um sie zur Einhaltung ihrer Forderungen zu zwingen. Diese destruktive Hebelwirkung ist das einzige politische Instrument, das der US-Wirtschaft noch bleibt, die deindustrialisiert ist und eine Auslandsverschuldung in einer Größenordnung hat, die nun die dominante und lukrative Rolle des Dollars als Weltwährung zu beenden droht.

Am Ende des Zweiten Weltkriegs war Geld der größte Engpass der westlichen Volkswirtschaften. Das US-Finanzministerium war dabei, seine Goldreserven auf 80 Prozent der weltweiten Währungsgoldreserven aufzustocken – von denen die finanzielle Expansion des Auslands unter dem bis 1971 geltenden Dollar-Gold-Standard für internationale Zahlungen abhängig war. Da die meisten Länder über kein Währungsgold verfügten und Kredite aufnehmen mussten, um ihren Außenhandel und ihre Zahlungsbilanzdefizite zu finanzieren, nutzten US-Diplomaten den IWF und die Weltbank, um Kredite zu Bedingungen zu vergeben, die eine pro-amerikanische Privatisierungspolitik, eine regressive Besteuerung und eine Öffnung der ausländischen Volkswirtschaften für US-Investoren vorsahen. All dies ist Teil des dollarisierten Systems des internationalen Handels und der Geldpolitik geworden, die es finanziert.

Neben Geld ist Öl zu einem wichtigen internationalen Gut geworden – und damit zu einem potenziellen Engpass. Es ist seit langem ein wichtiger Pfeiler der US-Handelsbilanz (neben Getreideexporten) und seit 1974, als die OPEC-Länder ihre Ölpreise vervierfachten und mit US-Beamten eine Vereinbarung trafen, ihre Exporterlöse durch den Kauf von US-Staatsanleihen, Unternehmenswertpapieren und Bankeinlagen zu investieren – mit der Begründung, dass eine Nichtbefolgung als Kriegshandlung gegen die Vereinigten Staaten angesehen würde –, die wichtigste Stütze für die dominante Rolle des Dollars im Finanzwesen. Das Ergebnis war die Schaffung des Petrodollar-Marktes, der zu einer Säule der US-Zahlungsbilanz und damit der Stärke des Dollars wurde.

Seit 1974 bemühen sich US-Beamte nicht nur darum, den weltweiten Handel mit Öl und anderen Rohstoffen in Dollar abzuwickeln, sondern auch darum, dass Öl und andere Exportüberschüsse an die USA verliehen (oder dort investiert) werden. Dies ist die Art von „Gegenleistung“, über die Donald Trump im vergangenen Jahr mit anderen Ländern verhandelt hat, um ihnen den Zugang zum US-Markt für ihre Produkte zu ermöglichen.

Das jüngste Beispiel für diese Beharrlichkeit war die Ankündigung des Energieministeriums vom 6. Januar, dass die Trump-Regierung Venezuela den Export von 30 bis 50 Millionen Barrel Öl im Wert von bis zu 2 Milliarden Dollar gestatten werde, und zwar auf selektiver Basis „auf unbestimmte Zeit“, vorbehaltlich einer wichtigen Klausel: „Die Erlöse werden auf von den USA kontrollierten

Konten bei ‚weltweit anerkannten Banken‘ verbucht und dann nach Ermessen der Trump-Regierung an die Bevölkerung der USA und Venezuelas ausgezahlt.“

Die USA fordern für sich selbst Vorzugsrechte im globalen Handel mit wichtigen Rohstoffen

Im September 1973, ein Jahr vor der Preisrevolution der OPEC, stürzten die USA den gewählten Präsidenten Chiles, Salvador Allende. Das Problem war nicht die „Chilenisierung“ der Kupferindustrie. Dieser Plan war tatsächlich von den amerikanischen Kupferunternehmen Anaconda und Kennecott vorgeschlagen worden. Sie sahen in der ausgehandelten Übernahme durch US-Unternehmen eine Möglichkeit, den Weltmarktpreis für Kupfer anzuheben. Dadurch entstand ein Preis-Schutzzschirm, der es den Unternehmen ermöglichte, ihre Gewinne aus dem eigenen Bergbau und der Raffination in den USA zu steigern. Das gleiche Prinzip veranlasste die Ölkonzerne, die Verstaatlichungen und Preiserhöhungen der OPEC im Jahr 1974 zu akzeptieren.

Die wichtigste Bedingung für das chilenische Kupferabkommen war, dass das Kupfer vorrangig an US-Unternehmen verkauft werden sollte, unabhängig davon, wie hoch der chilenische Preis war. Die US-Kupferunternehmen benötigten diese Garantie, um ihren Kunden für elektrische Leitungen, Waffen und andere wichtige Anwendungen eine kontinuierliche Versorgung zu gewährleisten. Dieses Vorkaufsrecht war eine Konzession, die für Chile keine wirtschaftlichen Einbußen mit sich brachte. Allende bestand jedoch darauf, dass diese Konzession die chilenische Souveränität verletzte. Aus Sicht der nationalen Interessen Chiles war dies eine unnötige Forderung, aber Allende blieb hart – und wurde gestürzt.

Im Falle Venezuelas ärgert die Verantwortlichen für die nationale Sicherheit der USA am meisten, dass das Land 5 Prozent des chinesischen Ölbedarfs deckt. Es belieferte auch den Iran und Kuba, obwohl Russland seit 2023 zunehmend als Lieferant für diese beiden Länder an seine Stelle getreten ist. Diese Freiheit Russlands und Venezuelas, Öl zu exportieren, hat die Fähigkeit der US-Behörden geschwächt, Öl als Waffe einzusetzen, um andere Volkswirtschaften unter Druck zu setzen, indem sie ihnen mit derselben Energieentziehung drohen, die die deutsche Industrie und das deutsche Preisniveau ruiniert hat. Diese nicht unter US-Kontrolle stehende Ölversorgung wurde daher als Verstoß gegen die regelbasierte Ordnung der USA angesehen.

Um die Lage noch zu verschlimmern, kündigte Venezuela 2017 an, seine Ölexporte künftig in anderen Währungen als dem Dollar zu berechnen, was die Marktpraxis des Petrodollars bedrohte. Und als China zu einem Investor in der venezolanischen Ölindustrie wurde, gab es Gerüchte, dass Präsident Maduro die Preise für seine Ölexporte in chinesischen Yuan notieren lassen würde (ähnlich wie Sambia es gerade mit seinen Kupferexporten getan hat). Maduro machte deutlich, welche Herausforderung er damit in Angriff nahm. Bereits 2017 hatte er angekündigt, dass es sein Ziel sei, „das imperialistische System der USA“ zu beenden.

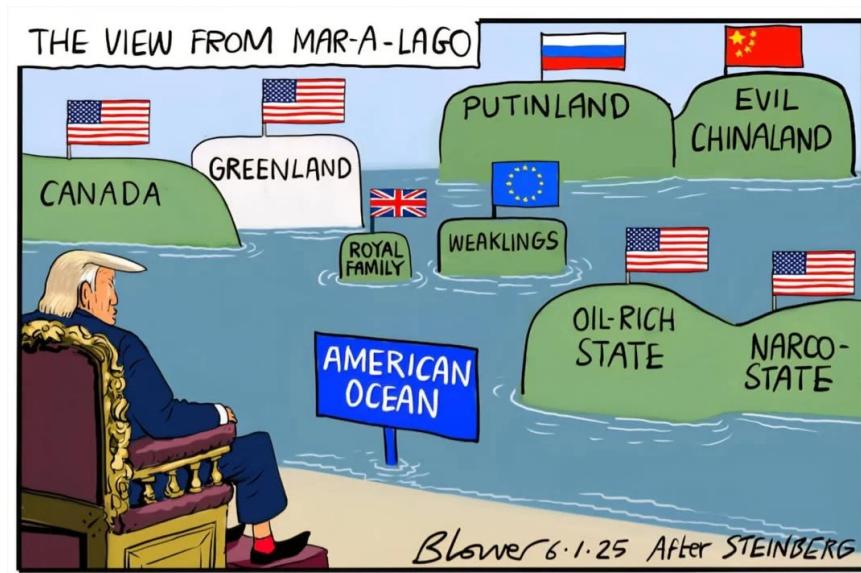
Die regelbasierte Ordnung der USA bestimmt die heutige Weltwirtschaft, nicht die UN-Charta

Die US-Diplomatie fühlt sich nur dann sicher, wenn sie andere Länder verunsichern kann, und sieht ihre Handlungsfreiheit bedroht, wenn andere Länder frei entscheiden dürfen, mit wem sie Handel treiben und wie sie ihre Ersparnisse verwenden. Die Außenpolitik der USA, Engpässe zu schaffen, um andere Länder von Öl aus den USA abhängig zu machen und nicht von Öl aus Russland, Iran oder Venezuela, ist eines der wichtigsten Mittel der USA, um andere Länder zu verunsichern.

Bislang wurde diese Politik jedoch nicht in öffentlichen Dokumenten festgehalten. Bis zu den unverblümten Äußerungen von Trump und seinen Beratern in der vergangenen Woche schienen es US-Diplomaten peinlich zu sein, dies und ähnliche Grundprinzipien der regelbasierten Ordnung Amerikas offen und ausdrücklich zu sagen.

Der Grund für diese Zurückhaltung war, dass diese Prinzipien im Widerspruch zum Völkerrecht stehen (und auch zu den Prinzipien der freien Marktwirtschaft, zu denen sich die USA bisher zumindest in ihrer Rhetorik bekannt haben). Der militärische Angriff der USA auf Venezuela und die Entführung von Präsident Maduro sind das jüngste Beispiel dafür. Während die amerikanische Führung ihre Aggression als zulässige Ausübung ihrer auf Regeln basierenden Ordnungsprinzipien betrachtet, handelt es sich dabei um einen flagranten Verstoß – ja sogar um eine Ablehnung – des Völkerrechts, insbesondere von Artikel 2(4) der Charta der Vereinten Nationen, der besagt, dass „eine Nation ohne die Zustimmung, eine Selbstverteidigungsbegründung oder die Genehmigung des UN-Sicherheitsrats keine Gewalt auf dem Hoheitsgebiet eines anderen Landes anwenden darf“.

So erstaunlich es auch scheinen mag, rechtfertigen die USA ihre militärischen Aggressionen und Drohungen häufig mit Selbstverteidigung. Der Kolumnist der *Financial Times*, Gideon Rachman, berichtet beispielsweise, dass „die USA glauben, dass ihre eigene nationale Sicherheit gefährdet wäre, wenn die taiwanesische Halbleiterindustrie in die Hände Chinas fällt – oder wenn Peking die Schifffahrt durch das Südchinesische Meer kontrolliert“.



Amerika scheint das am stärksten bedrohte und verwundbarste Land der Welt zu sein, weit entfernt von seiner früheren Macht. Trump selbst scheint in Angst zu leben und bezeichnet sogar die geografische Lage Grönlands als Bedrohung für die nationale Sicherheit der USA:

„Wir brauchen Grönland aus Sicht der nationalen Sicherheit“, erklärte er Reportern am 4. Januar an Bord der Air Force One. „Grönland ist überall mit russischen und chinesischen Schiffen übersät.“ Er hat versprochen, sich in den nächsten zwei Monaten mit Grönland zu befassen. Und die EU-Staats- und Regierungschefs unterstützen Trump als den ultimativen Beschützer Europas vor solchen Bedrohungen. Der Präsident Lettlands hat hilfreich vorgeschlagen, dass die „legitimen Sicherheitsbedürfnisse der USA“ in einem „direkten Dialog“ zwischen den USA und Dänemark behandelt werden müssen.



„Grönland sollte Teil der USA sein“ sagte Stephen Miller, Trumps stellvertretender Stabschef für Politik und innere Sicherheit. „Der Präsident hat sich dazu ganz klar geäußert, das ist die offizielle Position der US-Regierung.“ Er wies die Vorstellung zurück, dass die Übernahme Grönlands eine Militäroperation erfordern würde, und warnte, dass „niemand die USA wegen der Zukunft Grönlands militärisch bekämpfen wird“.

Am wenigsten wohl die Dänen. Der bedrohlichste Aspekt von Trumps Drohungen, Grönland Anfang 2026 an die USA anzuschließen, war Amerikas Absicht – unterstützt von der NATO –, den Zugang zur Arktis vom Nordatlantik aus „auf beiden Seiten der Lücke zwischen Grönland, Island und dem Vereinigten Königreich, durch die russische – und chinesische – Schiffe fahren müssen, um in den Nordatlantik zu gelangen“, zu blockieren.

Ein NATO-Sprecher verwies auf Äußerungen von Generalsekretär Mark Rutte vom [6. Januar 2026], in denen dieser sagte: „Die NATO muss gemeinsam dafür sorgen, dass die Arktis sicher bleibt.“ Rutte selbst sagte gegenüber CNN, dass „wir [die NATO-Mitglieder] uns alle einig sind, dass die Russen und Chinesen in diesem Gebiet immer aktiver werden“, und ließ keinen Zweifel daran, dass die „Sicherheit“ des Arktischen Ozeans bedeutet, ihn „frei“ von chinesischen und russischen Schiffen zu halten, die beide Länder entwickeln, um die Schifffahrtsrouten und -zeiten zu verkürzen.

Ein Leitartikel im *Wall Street Journal* unterstützt die Behauptung, dass Amerika sich gegen Länder verteidigen muss, die unabhängig von der Kontrolle der USA bleiben. Unter Hinweis darauf, dass „die USA auch Selbstverteidigung als Grund für die Verhaftung des panamaischen Diktators Manuel Noriega geltend gemacht haben“, argumentiert die Zeitung, dass ein militärischer Sturz „die einzige Verteidigung gegen globale Schurkenstaaten“ sei.

Genauer gesagt warnt er davor, dass es eine idealistische, aber anachronistische Illusion wäre, sich vorzustellen, dass das Völkerrecht tatsächlich das Handeln der Nationen regelt. „Als ob Moskau und Peking das Völkerrecht nicht schon mit Füßen treten würden, wenn es ihnen im Weg steht“, spottet er und lehnt die Relevanz des Völkerrechts als „den besten Freund eines Tyrannen“ ab.

Das tatsächliche Völkerrecht unterlag natürlich schon immer letztlich der Anwendung von Gewalt und dem Prinzip „Macht gibt Recht“. Trumps Berater Stephen Miller formulierte seine Philosophie in einem CNN-Interview: „Wir leben in einer Welt, in der realen Welt ..., die von Stärke, von Gewalt und von Macht regiert wird. Das sind seit Anbeginn der Zeit die eisernen Gesetze der Welt.“

Amerikanische Diplomaten zucken vielleicht nur mit den Schultern und fragen, wie viele Truppen die Vereinten Nationen haben. Sie haben keine, und Resolutionen des Sicherheitsrats unterliegen ohnehin dem Veto der USA. Und die USA ignorieren einfach die Bestimmungen der UN-Charta, wie die Welt gerade bei der Entführung des venezolanischen Staatschefs gesehen hat. Es sind die Regeln der USA, die als geltendes Recht für andere Länder gelten, zumindest für diejenigen, die im Handels-, Finanz- und Militärbereich mit den USA verbunden sind.

Trump schämt sich nicht, das Leitprinzip seiner jüngsten internationalen Diplomatie zuzugeben: „Wir wollen das Öl Venezuelas.“ Er hatte bereits im vergangenen Monat Öl beschlagnahmt, das auf Tankern aus Venezuela transportiert wurde. Und er hat angekündigt, dass das US-Militär die Ölreserven Venezuelas an US-Unternehmen übergeben und einen neuen kleptokratischen oder diktatorischen Klienten einsetzen wird, der das Land im Interesse der USA regiert, sollte die venezolanische Interimspräsidentin Delcy Rodriguez nicht freiwillig zustimmen, die Kontrolle über das Öl abzugeben.

Als das US-Außenministerium 1974 die OPEC-Länder dazu drängte, ihre Ölexportgewinne in US-Dollar-Wertpapiere zu reinvestieren, waren die OPEC-Führer dazu bereit, da die USA zu dieser Zeit die mit Abstand weltweit führende Finanzwirtschaft waren. Die USA dominieren nach wie vor das dollarbasierte Finanzsystem, verfügen jedoch nicht mehr über ihre frühere industrielle Macht und haben gerade ihre Auslandshilfe sowie ihre Mitgliedschaft in der WHO und anderen Hilfsorganisationen der UNO gekürzt. Anstatt das Wachstum anderer Volkswirtschaften zu unterstützen, basiert ihre diplomatische Stärke nun auf ihrer Fähigkeit, deren Handel und Wirtschaftswachstum zu stören.

Und gerade diese schwindende industrielle Macht hat die Maßnahmen der USA gegen Venezuela so dringend gemacht, wobei ihre militärische Aggression und die anhaltenden Drohungen gegen dieses Land Teil ihres Versuchs sind, andere Länder davon abzuhalten, sich von den ungeschriebenen Regeln der unipolaren Kontrolle der USA über den internationalen Handel und Zahlungsverkehr zu lösen, indem sie ihre Handels- und Währungsbeziehungen vom Dollar abkoppeln.

Es gibt auch einen Kampf um Ressourcen. Stephen Miller, Trumps oben erwähnter wichtiger Berater, erklärte unverblümt, dass „souveräne Länder keine Souveränität erhalten, wenn die USA ihre Ressourcen wollen“. Seine Äußerungen folgten auf eine ähnlich unverblümte Erklärung des US-Botschafters Michael Waltz bei einer Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrats: „Man kann nicht weiterhin die größten Energiereserven der Welt unter der Kontrolle von Gegnern der USA haben.“

Der Rechtsgrundsatz der USA lautet: „Besitz ist neun Zehntel des Rechts.“ Und das in diesem Fall geltende Recht ist das der USA, nicht das Venezuelas oder der Vereinten Nationen. Es kommen noch eine Reihe weiterer Grundsätze zum Tragen, allen voran das oben erwähnte Recht auf Selbstverteidigung gemäß dem amerikanischen „Stand your ground“-Prinzip, das die Verteidigung des eigenen Lebens erlaubt.

Die Titelgeschichte für Trumps Angriff auf Venezuela (medienwirksam getestet durch Fox News und Meinungsumfragen) lautet, dass Venezuela die USA mit Kokain und anderen Drogen bedroht. Oder zumindest mit Drogen, die nicht von der CIA und dem amerikanischen Militär koordiniert werden, wie es von Vietnam über Afghanistan bis Kolumbien dokumentiert ist. Die Anklage gegen Maduro vor Gericht bezog sich jedoch nicht auf Trumps Behauptungen über ein „Kartell der Sonnen“, das er angeblich anführte, sondern zitierte hauptsächlich nicht damit zusammenhängende Vorwürfe über das Tragen einer Maschinenpistole und ähnliche Vorwürfe, die auf einen ausländischen Staatschef nicht anwendbar sind.

Es gab keine Anklage gegen Maduro wegen seiner tatsächlichen Vergehen in den Augen der USA:

- Die Gefährdung der amerikanischen Kontrolle über das Öl seines Landes und dessen Vermarktung sowie
- seine Absicht, venezolanisches Öl in Yuan und anderen Nicht-Dollar-Währungen zu bepreisen und
- die Erlöse aus dem Ölexport zur Bezahlung der chinesischen Investitionen in seinem Land zu verwenden.

Die passende Analogie für die erfundenen Drogenvorwürfe gegen Maduro ist die falsche Behauptung – die zur Rechtfertigung der amerikanischen Invasion im Irak 2003 verwendet wurde –, dass Saddam Hussein daran arbeitete, Massenvernichtungswaffen zu beschaffen. Das reichte aus, um das Ansehen von Außenminister Colin Powell nach seiner Rede vor den Vereinten Nationen am 5. Februar 2003 zu ruinieren. Aber nach dem amerikanischen Prinzip „Stand your ground“ (setz dich durch) hatten die USA Grund, sich durch den Versuch Venezuelas, die Kontrolle über seinen Ölhandel zu übernehmen – und tatsächlich mit den von Amerika als Gegner bezeichneten Ländern China, Russland und Iran Handel zu treiben – bedroht zu fühlen. Die aggressive Reaktion der USA auf diese Bedrohung wurde durch das damit verbundene US-Prinzip gestützt, das Hausbesitzern oder Polizisten erlaubt, jeden zu töten, den sie für eine Bedrohung halten, so subjektiv oder nachträglich begründet dies auch sein mag.

Obwohl dies durch die Prinzipien der regelbasierten Ordnung der USA gerechtfertigt ist, hat Trumps jüngste Instrumentalisierung des Ölhandels, wie oben dargelegt, dazu geführt, dass die USA grundlegende Prinzipien des Völkerrechts, einschließlich des Seerechts, missachten. Vor seinem Militärangeck auf Caracas und der Entführung von Präsident Maduro waren sein Embargo gegen venezolanische Ölexporte (an alle Käufer außer US-Ölgesellschaften) und die Beschlagnahmung von Tankern, die das Öl des Landes transportierten, besonders ungeheuerlich, ganz zu schweigen von seiner Bombardierung nicht identifizierter Fischerboote und anderer Schiffe vor der Küste Venezuelas, bei der ihre Besatzungen ohne Vorwarnung ermordet wurden.

Ein weiteres Opfer der Bemühungen der USA, den weltweiten Öl- und Energiehandel zu instrumentalisieren, ist die Umwelt. Im Rahmen ihres Bestrebens, den Rest der Welt von Öl und Gas abhängig zu machen, das unter ihrer strengen Kontrolle und der ihrer Verbündeten steht, kämpfen die Vereinigten Staaten darum, andere Länder daran zu hindern, ihre Volkswirtschaften zu dekarbonisieren, um eine Klimakrise und extreme Wetterereignisse abzuwenden. Die USA lehnen daher das Pariser Klimaabkommen ab, das eine „grüne“ Politik unterstützt, um fossile Brennstoffe durch Wind- und Solarenergie zu ersetzen.

Das Problem für Amerika besteht darin, dass Wind- und Sonnenenergie eine Alternative zum Öl darstellen, über das die USA die Kontrolle behalten wollen. Ein Ausstieg aus dem Öl würde nicht nur eine Stütze der US-Handelsbilanz beseitigen, sondern auch den Strategen der USA die Möglichkeit nehmen, Ländern, deren Politik sie ablehnen, den Strom und die Heizung abzudrehen.

Erschwerend kommt hinzu, dass China die Führung im Bereich der Technologien für erneuerbare Energien übernommen hat, darunter die Herstellung von Solarzellen und Windradflügeln. Dies wird als große Bedrohung angesehen, da es das Risiko erhöht, dass andere Volkswirtschaften unabhängig von der Abhängigkeit vom Öl werden. [Anmerkung: China sichert seine industrielle Produktion mit Nukleartechnologie ab und verfügt über 58 AKW (Stand Juni 2025).]

Unterdessen hat die Ablehnung der USA gegenüber anderen Brennstoffen als Öl, die unter ihrer Kontrolle stehen, der US-Wirtschaft selbst Schaden zugefügt, indem sie ihre eigenen Investitionen in Solar- und Windenergie blockiert hat.

Die Trump-Regierung hat sich besonders aggressiv dafür eingesetzt, nicht nur ausländische Maßnahmen zur Reduzierung von Kohlenstoffbrennstoffen zu blockieren, sondern auch US-amerikanische Alternativen. „Am ersten Tag seiner zweiten Amtszeit als Präsident erließ Trump eine Durchführungsverordnung, mit der alle Pachtverträge für Bundesflächen und -gewässer für neue Windparks ausgesetzt wurden. Seitdem geht seine Regierung mit wechselnden Begründungen gegen Windparks vor, die von der Biden-Regierung Genehmigungen erhalten hatten und sich entweder im Bau befanden oder kurz vor der Inbetriebnahme standen.“ Unter Berufung auf nationale Sicherheitsbedenken „hat sie die Pachtverträge für alle Offshore-Windprojekte ausgesetzt und damit einen neuen Angriff auf den Sektor gestartet“.

Was diesen Schritt gegen alternative Energiequellen umso bemerkenswerter macht, ist die prognostizierte Stromknappheit in Amerika, die durch die steigende Nachfrage von KI-Rechenzentren verursacht werden soll, und das in einer Situation, in der Amerika große Hoffnungen in die künstliche Intelligenz (KI) setzt. Neben den Einnahmen aus Ölvrökenhoffen US-Strategen, Amerikas Monopoleinkünfte auf Kosten anderer Länder durch seine Informationstechnologie, Internetplattformunternehmen und seine erhoffte Dominanz im Bereich der KI zu steigern.

Das Problem ist, dass KI enorme Mengen an Energie benötigt, um ihre Computer zu betreiben. Die Energieproduktion in den USA stagniert jedoch seit einem Jahrzehnt, und Investitionen in neue Kraftwerke sind ein zeitaufwändiger und bürokratischer Prozess (daher die oben erwähnte prognostizierte Energieknappheit). Dies steht in starkem Kontrast zu Chinas enormem Anstieg der Stromproduktion, der vor allem auf die intensive Produktion von Sonnenkollektoren und Windkraftanlagen zurückzuführen ist, bei denen das Land einen großen technologischen Vorsprung aufgebaut hat – während die USA diese Energiequelle als „nicht hier erfunden“ gemieden haben und, was noch grundlegender ist, weil sie das Potenzial hat, ihre Bemühungen zu untergraben, die Welt von dem von ihnen kontrollierten Öl abhängig zu machen.

Die wichtigsten Forderungen der regelbasierten US-Ordnung in Bezug auf Öl:

1. Die Kontrolle über den weltweiten Ölhandel soll ein Privileg der USA bleiben.

Um die fortgesetzte Kontrolle der USA über die Energiemarkte zu fördern, sollen kohlenstofffreie Alternativen zu Öl und Gas – und umweltfreundliche Umweltschutzmaßnahmen, die solche Alternativen unterstützen – verhindert werden, da alternative Energiequellen den Einfluss der US-Diplomatie zur Durchsetzung der vorgenannten Regeln verringern.

Die USA wollen den weltweiten Ölhandel kontrollieren. Sie müssen entscheiden können, welche Länder ihre Verbündeten mit Öl beliefern dürfen und an welche Länder ihre verbündeten Ölexportiere ihr Öl verkaufen dürfen. Das bedeutet, dass Verbündeten verboten wird, Öl aus Ländern wie Russland, Iran und Venezuela zu importieren. Dies beinhaltet auch Eingriffe in die Ölexporte ihrer Gegner (wie gerade mit der Blockade und Beschlagnahmung venezolanischer Ölexporte geschehen und wie es gegenüber der russischen Ölflotte geschieht) sowie militärische Aggressionen, um sich das Öl ihrer Gegner anzueignen. Das Öl des Irak und Syriens wurde von den US-

Besatzern einfach gestohlen und wird an Israel geliefert. Auch das Öl Libyens wurde 2011 beschlagnahmt und ist seitdem gestört.

2. Der Ölhandel muss in US-Dollar abgewickelt und bezahlt werden

Öl und andere Exporte müssen in Dollar bewertet und über westliche Rohstoffbörsen vermarktet werden, wobei die Zahlungen über westliche Banken unter Verwendung des SWIFT-Systems erfolgen, die alle unter der effektiven „diplomatischen“ Kontrolle der USA stehen.

3. Die Petrodollar-Regel

Darüber hinaus sollen internationale Ölexportgewinne an die USA verliehen oder dort investiert werden, vorzugsweise in Form von US-Staatsanleihen, Unternehmensanleihen und Bankeinlagen.

4. „Grüne“ Energiealternativen zum Öl sollen verhindert und das Phänomen der globalen Erwärmung und extremer Wetterereignisse geleugnet werden.

Um die fortgesetzte Kontrolle der USA über die Energiemärkte zu fördern, sollen kohlenstofffreie Alternativen zu Öl und Gas – und grüne Umweltschutzmaßnahmen, die solche Alternativen unterstützen – verhindert werden, da alternative Energiequellen den Einfluss der US-Diplomatie zur Durchsetzung der vorgenannten Regeln verringern.

Es gibt keine Gesetze, die für die Regeln oder Richtlinien der USA gelten oder diese einschränken.

Schließlich sind die USA und ihre führenden Verbündeten immun gegen ausländische Versuche, ihre Politik zu blockieren, einschließlich Versuchen über die Vereinten Nationen und internationale Gerichte. Sie müssen ihre Fähigkeit zum Veto gegen Resolutionen des UN-Sicherheitsrats aufrechterhalten und werden Resolutionen der UN-Generalversammlung und Anordnungen internationaler Gerichte, denen sie widersprechen, einfach ignorieren. Dieser Grundsatz veranlasst die USA, sich gegen die Schaffung alternativer Gerichte oder Rechtsorgane zu stellen und vor allem zu verhindern, dass solche Behörden über die militärische Macht verfügen, ihre Entscheidungen durchzusetzen.